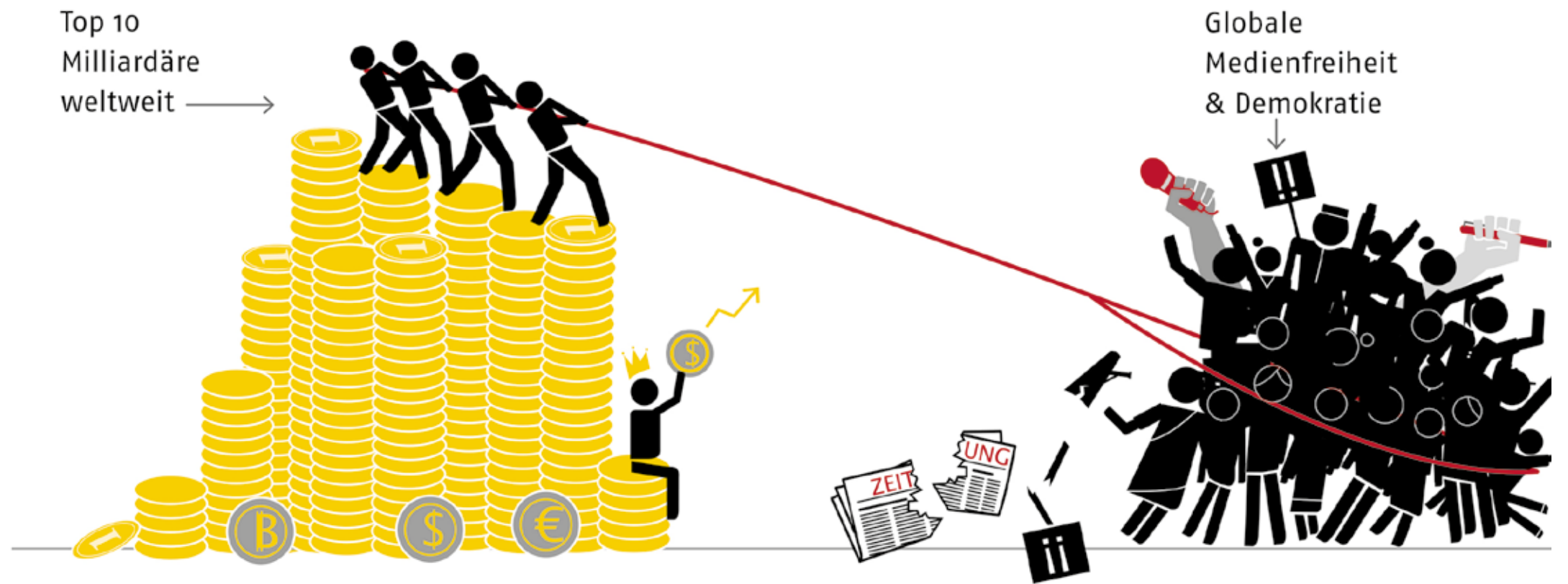


Superreichtum

..... ist der Vater aller Probleme

Wie Milliardäre
Pressefreiheit
und Demokratie
bedrohen

Milliardäre sind die weltgrößten Bedroher von Medienfreiheit und Demokratie. Ein Großteil der Medien und digitalen Plattformen sind unter Kontrolle von Superreichen. Ob auf Elon Musks X oder in Zeitungen des Springer-Verlags, es findet sich überall ein ähnliches Muster: Um von ihrer Verantwortung und der extremen Ungleichheit der Vermögensverteilung abzulenken, wird gegen Arme und Geflüchtete gehetzt. „Migration ist die Mutter aller Probleme“, sagte Horst Seehofer einst auf einer internen CSU-Tagung. Nein! Superreichtum ist der Vater aller Probleme.



Lautsprecher für Rechtsextreme

In den USA und Deutschland manipulieren Techplattformen und Medienkonzerne von Superreichen die Öffentlichkeit

Von **Ute Scheub**

Ein Handbuch für angehende Diktatoren würde raten: Hebe als Erstes die Gewaltenteilung auf und bringe Medien und Justiz unter deine Kontrolle! Außerdem lenke den Blick der Menschen weg von den Mächtigen und Milliardären und richte ihn auf Sündenböcke – ethnische und religiöse Minderheiten, Arme und Geflüchtete. So verhielt sich Hitler. So war es beim Antritt rechts-populistischer Regierungen in Polen, Ungarn und anderswo. So agiert die AfD – und so handelt US-Präsident Donald Trump zusammen mit seinem gefährlichsten Lautsprecher, dem rechtsextremen Milliardär und Staatszertrümmerer Elon Musk.

Schon vor Trumps Wahl war der Zustand der Medien in den USA besorgniserregend. Beobachter:innen sehen im Mangel an öffentlich-rechtlichen Sendern und neutral berichtenden Medien sogar einen der Hauptgründe für Trumps Triumph. Dort, wo Behörden nicht mehr durch lokale Reporter:innen beobachtet werden, grassieren Korruption, Umweltvergehen, Wirtschaftskriminalität und Extremismus. Auch auf nationaler Ebene gibt es fast nur noch parteiliche, also verzerrt berichtende Medien. Das ist etwa der Sender Fox, der dem australischen Medienmogul und Mil-

liardär Rupert Murdoch gehört. Nicht zufällig sitzen in Trumps Regierung zwei frühere Fox-Moderatoren: Verteidigungsminister Pete Hegseth und Verkehrsminister Sean Duffy.

Noch viel mächtiger sind die Digitalplattformen aus dem Silicon Valley, die längst zu Inhalts- und Trafficmonopolen geworden sind. Misst man die Zeit, die User mit diesen Medien verbringen, über-

gen, werden nun automatisch nach oben gespült. Das radikalisiert und polarisiert die Diskurse. Besonders grauenhaft waren die Auswirkungen in Myanmar: Hetzbotschaften auf Facebook lösten Pogrome gegen die islamische Minderheit der Rohingya aus.

Diese Entwicklung setzt sich unbegrenzt und in zunehmender Geschwindigkeit fort. Im Herbst 2022 kaufte Elon Musk Twitter und hob

Zuckerberg machte einen Bückling vor Trump und schaffte die Kontrollregeln für seine Plattform ebenfalls ab. Flutet das Internet mit Scheiße, hatte Trumps früherer Chefstrategie Steve Bannon gefordert – und nach dieser Devise wird seither verfahren. Die „Scheiße“, das ist die Hetze gegen Minderheiten und Migrant:innen. Schließlich gibt es keine wirksamere Ablenkung von der schamlosen Bereicherung, die Milliardäre und Fossilfaschisten derzeit betreiben.

All das schwappt auch nach Europa und Deutschland herüber. Die AfD will die öffentlichen rechtlichen Anstalten abschaffen, am besten schon gestern. Gleichzeitig hat die Medienkonzentration in den vergangenen Jahren bedrohlich zugenommen. Ein Großteil der Unternehmen ist abhängig von superreichen Familien wie Mohn/Bertelsmann, Springer/Döpfner, Bauer, Burda und Holtzbrinck. Unabhängige Zeitungen und Zeitschriften sterben, Lokalredaktionen werden ausgedünnt oder abgewickelt. Der Bund der deutschen Zeitungsverleger warnt, dass schon in diesem Jahr 40 Prozent der Kommunen zu einer Nachrichtenwüste werden könnten, weil über ihre Angelegenheiten nicht mehr berichtet wird.

Was wäre der Ausweg? Den finden Sie auf der letzten Seite dieser Beilage der taz Panter Stiftung.



In den vergangenen Jahren hat die Medienkonzentration bedrohlich zugenommen

treffen Google/YouTube, Facebook/Whatsapp/Instagram bei Weitem alle Zeitungen und Sender. Weil analoge Geschäftsmodelle immer weniger Gewinn einbringen, gehen viele Redaktionen über die sogenannten sozialen Medien online, die besser asoziale Medien genannt werden sollten. Um Nutzende möglichst lange auf der Plattform zu halten, veränderte Facebook 2017 den Algorithmus für den Newsfeed. Inhalte, die für Empörung, Wut und Hass sor-

alle Beschränkungen für Fake News, Lügen, Hass und Hetze auf. Inzwischen streckt der reichste Mann der Welt Gerüchten zufolge seine Fühler in Richtung Tiktok aus, das einem chinesischen Milliardär gehört. Darüber hinaus möchte Musk auch OpenAI und andere Unternehmen im Bereich künstlicher Intelligenz seinem Imperium einverleiben.

Längst sind politische und mediale Macht zu einem Amalgam verschmolzen. Facebook-Chef Marc

Impressum

Konzeption: Ute Scheub und Annette Jensen
Redaktion: Annette Jensen, Ute Scheub und Ole Schulz
Layout: Nadine Fischer
Grafiken und Illustrationen: Esther Gonstalla

Die Grafiken und Texte der Beilage stehen unter der Creative Commons Licence CC BY NC SA 4.0. Sie dürfen und sollen unter Nennung der Quelle überall verwendet werden, wo es sinnvoll ist und nichtkommerziell zugeht: als Plakate auf Demos, an Fenstern und Türen, als Grafiken an Infoständen, als Bilder in Social Media, als Botschaften in Aufrufen und privaten E-Mails.

Triefend von Öl

Der Springer-Konzern ließ sich lange von Fossilinvestoren mitfinanzieren

Von Annette Jensen

Springer-Chef Mathias Döpfner wird immer reicher und mächtiger. 2020 nahm er den Konzern von der Börse, nachdem er zwei Finanzinvestoren an Bord geholt hatte. Dann ging er auf Einkaufstour. Für fast eine Milliarde Dollar übernahm er die US-Tageszeitung *Politico* und weitete ihr Erscheinen nach Europa aus. Auch der in New York ansässige Onlinenachrichtendienst *Business Insider* gehört schon länger zum Springer-Imperium; ein paar Prozente daran hält auch Amazon-Chef Jeff Bezos. Als Cashcows erwarb Döpfner außerdem digitale Kleinanzeigenportale wie die Jobbörse Stepstone und mehrere Immobilienplattformen.

Das Geld für den Expansionskurs kam vor allem von KKR, ei-

ner der größten Private-Equity-Gesellschaften der Welt, die intensiv im Öl- und Gassektor unterwegs ist. Sie hat ein Vermögen von über 500 Milliarden Dollar angehäuft und verdient, indem sie ein paar Jahre bei Unternehmen einsteigt und sich anschließend mit großem Gewinn wieder verabschiedet. Laut Global Energy Monitor ist KKR gegenwärtig am Ausbau von 188 Anlagen für fossile Brennstoffe in 21 Ländern beteiligt. Dokumentiert sind zahlreiche Umweltverstöße, unter anderem beim Ausbau von Flüssiggasanlagen in den USA. Die klimaschädlichen Emissionen sollen 6.500-mal so hoch sein wie gegenüber den Anteilseignern dargestellt.

Im vergangenen Herbst kündigten Springer und die beiden Finanzorganisationen an, dass ihre Partnerschaft in diesem

Frühjahr enden wird. Springer behält die Publikationen *Politico* und *Business Insider*. Im Gegenzug erhalten KKR und der Pensionsfonds CPP den Großteil der lukrativen Anzeigenportale. „Ein großartiges Ergebnis für alle Beteiligten“, jubelte der KKR-Mitgründer Henry Kravis. Die Bewertung des Springer-Konzerns hatte sich durch die Kooperation binnen fünf Jahren etwa verdoppelt. Springer ist jetzt ein börsenunabhängiges Medienhaus, das fast ganz auf Chef Döpfner zugeschnitten ist. Zusammen mit der Springer-Witwe Friede hält er 98 Prozent der Anteile, der Rest gehört einem Enkel des Gründers. 2020 hatte er Friede Springer einen kleinen Anteil des Konzerns abgekauft und zusätzlich einen größeren Teil von ihr geschenkt bekommen. Döpfner gilt heute als Milliardär.



Dreckschleuder für Ressentiments

Multimillionär Frank Gotthardt fördert das rechtspopulistische Onlineportal Nius und hat inzwischen auch eine TV-Lizenz

Die Zahl der Schmuddelschleudern im Internet ist groß. Journalist:innen müssen sich nicht mit jeder einzelnen befassen. Doch im Sommer 2024 sah sich die taz-Chefredaktion genötigt, das Portal *Nius* einmal aufzusehen. Denn der damalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatte *Nius* ein Interview gegeben. Darauf hingewiesen, dass dies kein geeigneter Kanal für einen demokratischen Politiker sei, beschwor Lindner die „Pluralität der Medienlandschaft“ via X (Ex-Twitter): „Neulich habe ich mit der @tazgezwitscher gesprochen, heute mit @drumheadberlin.“ Dahinter verbirgt sich Ralf Schuler, als Ex-*Bild*-Mann jetzt bei *Nius* im Einsatz.

Die Unterstellung Lindners, *Nius* sei irgendwie wie die taz, nur eben rechts, mussten wir zurückweisen. In einem Brief an Lindner schrieben wir: „Wir möchten höflich darauf hinweisen, dass die taz – im Gegensatz zu *Nius* –

ein journalistisches Medium ist, das nach presseethischen Grundsätzen arbeitet.“

Den Onlinekanal *Nius* hat der frühere *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt aufgezo-gen, nachdem er 2021 wegen sexuell konnotierter Beförderungspolitik aus dem Springer-Verlag ausscheiden musste. Gefördert wird Reichelt vom Multimillionär Frank Gotthardt. Der hat sein Geld vor allem mit Software für Arztpraxen gemacht und zählt *Nius* zu seinen „privaten Themen“. In der Gründung eines Mediums „rechts der Mitte“ sieht er eine „kaufmännische, mediale und staatsbürgerliche Chance“, wie er 2024 in einem Regionalpodcast erzählte.

Nius-Chef Reichelt hält er für einen enorm motivierten, „starken Medienmann“, der „hundertprozent in unserem Gefüge eingebettet“ sei. Mit „Gefüge“ meine er Deutschland, erläuterte Gotthardt. 2024 wurde eine bundes-

weite Sendelizenz erworben. Ob *Nius* sich zum deutschen Fox News entwickelt, wie manche fürchten, ist schwer einschätzbar.

In Themensetzung und Ton bewirtschaftet das Portal vor allem anti-rotgrüne Ressentiments. Spott und Empörung über Messerangriffe von Nichtdeutschen wechseln sich ab mit Häme über die Parteien, die diese angeblich schützen. Werbung für die AfD findet sich eher indirekt, etwa wenn die Brandmauer zwischen Union und AfD als „überholt“ beschrieben wird.

Damit zeichnet sich ab, wie *Nius* die neue Regierung bald vor sich her-treiben wird. Friedrich Merz als Kanzlerkandidat und seine Union waren kurzsichtig genug, einen Antiasylwahlkampf mit rechtspopulistischen Erwartungen zu betreiben. Genau daran werden sie von *Nius* und dessen Konsument:innen nun gemessen werden.

Ulrike Winkelmann

Döpfners Welt-Bild

Der Springer-Chef hasst Windräder und mag Trumps Truppe

„Klima-Radikale attackieren Autos mit Bauschaum“, behauptete die *Bild* vor den Bundestagswahlen in großen Lettern. Tatsächlich waren es von Russland finanzierte Saboteure, die im Dezember 2024 die Auspuffrohre von einigen Hundert Autos verstopften und die Aktion Klimaaktivist:innen anzu-hängen versuchten. Doch die Fehlinformation blieb haften – und passt zu Springers Mindset.

Wie Konzernchef Mathias Döpfner denkt und sein Imperium lenkt, belegen Chatnachrichten und E-Mails, die die *Zeit* im Frühjahr 2023 veröffentlichte. „Umweltpolitik – ich bin für Klimawandel. Zivilisationsphasen der Wärme waren immer erfolgreicher als solche der Kälte. Wir sollten den Klimawandel nicht bekämpfen, sondern uns darauf einstellen“, schrieb Döpfner. Er hasst Windräder, bezeichnete Angela Merkel als „Sargnagel der Demokratie“ und bombardierte vor der Bundestags-

wahl 2021 den damaligen *Bild*-Chefredakteur Julian Reichelt mit Aufforderungen, die FDP hochzuschreiben: „Kann man noch mehr für die FDP machen? Die sollten 16 Prozent mindestens kriegen.“ Zwei Tage vor der Wahl dann: „Please stärke die FDP. Wenn die sehr stark sind können sie in Ampel so autoritär auftreten dass die platzt.“ *Bild* lieferte tatsächlich eine sehr positive Berichterstattung über Christian Lindner.

Schon vor der US-Wahl 2020 empfahl Döpfner seinen Vertrauten, für Trumps Wiederwahl zu beten. An die US-Techmilliardäre wanzt er sich seit Jahren ran. Sowohl Trumps neue rechte Hand Elon Musk als auch Amazon-Chef Jeff Bezos und Facebook-Gründer Mark Zuckerberg bekamen in pompösen Veranstaltungen Axel Springer Awards verliehen. Bei Netflix und Warner Music sitzt Döpfner in den Aufsichtsräten. Zu seinem 60. Geburtstag reis-

ten Elon Musk und Netflix-Chef Reed Hastings an. Als Medien über die rauschende Party in der Toskana berichteten, erhielten sie prompt Post von Anwälten: Das Fest sei Privatsache. Das ist eine Lachnummer angesichts des Geschäftsmodells der *Bild*.

Im Dezember 2024 gab Elon Musk in der *Welt am Sonntag* eine Wahlempfehlung für die AfD ab. „Musk spürt, dass jetzt auch in Deutschland Disruption notwendig ist“, kommentierte Döpfner das Anfang 2025 in einem Interview. Grundsätzlich bräuchte es mehr Unternehmer in der Politik, findet er. Doch seine Liebedienerei hat ihm nichts genützt: US-Präsident Donald Trump bezeichnete den seit 2021 zum Springer-Konzern gehörenden Nachrichtendienst *Politico* als „linkes Schmierblatt“ – und der disruptive Elon Musk kündigte sogleich die *Politico*-Abos staatlicher US-Institutionen.

Annette Jensen



Das mächtige Netzwerk der Milliardäre

Superreiche unterstützen weltweit libertäre und rechtsextreme Organisationen, die Staat und Gesellschaft in ihrem Sinne umbauen sollen

Von **Christian Jakob**

Kaum jemand weiß, wer für Walt Disney das Vorbild für die Figur des Dagobert Duck war: der US-Unternehmer Johan Jakob Astor. Er hinterließ bei seinem Tod 1848 ein Vermögen von rund 40 Millionen Dollar, kaufkraftbereinigt entspräche dies heute etwa 154 Milliarden Dollar. Dem aus Hessen stammenden Pelzhändler gelang dieser Aufstieg auch durch die Nähe zu den US-Präsidenten seiner Zeit. Seine American Fur Company, die er mit Unterstützung von Präsident Thomas Jefferson aufgebaut hatte, half der US-Regierung bei der Erschließung der westlichen Territorien. Als Jeffersons Nachfolger James Madison 1812 Kriegsgelder brauchte, war Astor einer der maßgeblichen Gründer der Second Bank of the United States.

Die Geschichte der Milliardäre lässt sich seither – und bis zu Elon Musk – auch als eine Geschichte ihrer politischen Einflussnahme erzählen. Das kann in progressiv-philantropischer Weise geschehen wie etwa bei der Open Society Foundation von George Soros oder der Buffett Foundation. Viel häufiger aber dient die politische Einflussnahme von Milliardären der Absicherung und Vergrößerung gigantischer Vermögen zulasten von Allgemeinheit, Demokratie, Grund- und Freiheitsrechten.

Und das mit offenkundigem Erfolg: Es gibt immer mehr Milliardäre, und diese werden immer reicher. 2024 kamen der NGO Oxfam zufolge pro Wo-

che weltweit vier neue Milliardär:innen hinzu. 11 Prozent der über 2.000 von Forbes gelisteten Milliardäre haben laut einer Studie der Uni Cambridge ein politisches Amt angestrebt oder innegehabt. Überproportional oft vertreten sie dabei rechte oder rechtsextreme Positionen, und besonders oft kommen sie in Autokratien selber an die Macht. Noch häufiger aber gehen Superreiche nicht selber in die Politik, sondern verhelfen ihnen gewogenen Politikern zum Aufstieg – oder machen sich bereits etabliertes politisches Führungspersonal gefügig.

Berüchtigt dafür sind unter anderem die Koch-Brüder aus den USA: Die milliardenschweren Erben des mit Öl- und Chemieprodukten zum zweitgrößten US-Konzern aufgestiegenen Unternehmens Koch Industries zählten jahrzehntelang zu den Hauptfinanziers der Republikaner. Über ein weitverzweigtes Netzwerk zahlten sie Hunderte Millionen unter anderem für Kampagnen gegen Präsident Barack Obama und für den Aufstieg Donald Trumps.

Sie sind Teil eines nur schwer zu überblickenden, internationalen Netzwerks aus Wahlkampf- und Lobbyorganisationen, Thinktanks und Stiftungen, die eine libertäre Ideologie eint. Deren Spektrum changiert vom klassischen Neoliberalen ins offen Rechtsextreme, Klimakrisenleugnung und Fossilpropaganda meist inklusive. Wer sich diese Netzwerke näher anschaut, merkt schnell: Sie sind viele, sie sind nah dran an der Macht, sind miteinander

eng verbandelt – und kriegen oft Geld von Superreichen.

Da gibt es etwa die Heritage Foundation, die Trumps staatszerstörerische Agenda für die zweite Amtszeit in bemerkenswert ungenierter Offenheit („Agenda 2025“) vorbereitet hatte. Sie steht dem aus rund 600 Organisationen bestehenden, von der Öl- und Tabakindustrie finanzierten, internationalen Atlas Network nahe. Es bringt libertäre und neoliberale Organisationen unter anderem für den Kampf gegen Umwelt- und Klimaschutz zusammen.

Zum Atlas Network zählen unter anderem auch die Klimaleugnerorganisation Heartland Institute und das deutsche Prometheus-Netzwerk – ein von den Ex-FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler und Clemens Schneider gegründeter Thinktank, der für libertäre Positionen kämpft. In diesem Weltbild gilt der Sozialstaat als Ursache allen Übels. Zugunsten des Privatbesitzes sollen soziale Sicherung, Grundversorgung, Klima-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutz aufgeweicht werden. Auch die libertäre Atlas Initiative um den deutschen Unternehmensberater Markus Krall steht dem Atlas Network nahe. Sie propagiert etwa in der Art von Unternehmen organisierte „Privatstädte“ außerhalb jeder Staatlichkeit – und ist ideologisch mit der Werte-Union und der AfD verbunden.

Die vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall gegründete und von Arbeitgeberverbänden finanzierte Lob-

byorganisation Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INMS) kann jedes Jahr Millionensummen für Kampagnen unter anderem gegen die Energiewende der Grünen ausgeben. Die INMS war unter anderem „Partner“ der Berlin Campaign Conference, auf der sich rechtskonservative Akteure – darunter die Heritage Foundation aus den USA – im September 2024 austauschten. Im Bundestagswahlkampf 2025 organisierte die INSM unter anderem einen von *Bild* als „Mega-Aufstand gegen Habeck und Scholz“ hochgejazzten „Wirtschaftswarntag“ und gab sechsstellige Summen für ihre Kampagne

„SOS Wirtschaft“ zugunsten von Union und FDP aus.

Beteiligt an der Kampagne war auch der Verband Die Familienunternehmer, der seit Jahren unter anderem gegen das Lieferkettengesetz, Vermögen- und Erbschaftsteuer, Transparenzgesetz und Klimapolitik lobbyiert und dabei – anders als der Name suggeriert – vor allem von milliardenschweren Großunternehmern getragen wird.

Seit Langem beleuchtet der Soziologe Andreas Kemper die Einflussnahme Superreicher auf die Politik in Deutschland. Diese hätten „zwei Möglichkeiten, auf die Gesetzesgebung einzuwirken: langfristig durch Medienkampagnen oder direkt durch Parteispenden“. Kemper verwies sehr früh unter anderem darauf, dass Milliardäre wie der Bankier August von Finck die AfD in ihren Anfängen finanzierte. Finck hatte wiederum Markus Krall 2019 zum Chef seines Unternehmens Degussa Sonne/Mond Goldhandel ernannt.

Als Elon Musk im Januar zugunsten der AfD in den Wahlkampf eingriff, schrieb Kemper: Die AfD „raunt über eine superreiche Elite, die die Fäden in der Hand halte und gegen die sie die einzig wahre Opposition sei. Andererseits feiert sie den mit Abstand reichsten Multimilliardär.“ Bis heute fließen Großspenden an die Partei, jüngst eine offenbar illegal verschleierte Zuwendung des deutsch-schweizerischen Unternehmers Henning Conle. „Die Demokratie ist bedroht durch Milliardäre“, sagt Andreas Kemper.



Durch Medienkampagnen oder direkt durch Parteispenden wird auf die Gesetzgebung eingewirkt

Die Asylanten nehmen dir das Geld weg!



„Algorithmen kann und muss man regulieren“

Alexandra Geese, Internetexpertin und grüne Abgeordnete des EU-Parlaments, zur Kontrolle der Internetgiganten und den Chancen einer unabhängigen Digitalstruktur

taz: Die US-Techmilliardäre haben eine immense Macht. Ist die noch regulierbar?

Alexandra Geese: Ja, wenn man sehr viel politischen Willen hat. Die EU hat mit dem Digital Service Act die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen, gegen Hass und Desinformation in sozialen Netzwerken vorgehen zu können. Dass die sich überproportional verbreiten, liegt an den Algorithmen – und die kann man mit dieser Verordnung regulieren, weil sie ein systemisches Risiko darstellen für den öffentlichen Diskurs und für Wahlen.

taz: Was müsste jetzt geschehen?

Geese: Die EU-Kommission könnte eine große Ermittlung einleiten, warum sich Desinformation schneller verbreitet als Information. Diese Mechanismen könnte man durch bessere ersetzen, bei denen User wirklich das sehen, was sie sehen wollen.

taz: Aber sind die Algorithmen nicht Geschäftsgeheimnis?

Geese: Über technische Schnittstellen kann die EU-Kommission bei Ermittlungen auf Daten der Konzerne

zugreifen, um nachzuvollziehen, wie die Algorithmen funktionieren. Forschungseinrichtungen und Universitäten können Projekte zur Prüfung der Einhaltung des Digital Service Act bei der EU beantragen. Dann müssen die Konzerne die Daten rausgeben, die angefragt werden.

taz: Die Entwicklungen sind rasend schnell, kommt die Politik da hinterher?

Geese: Wenn man jetzt eine Ermittlung eröffnet, könnte man in einigen Monaten erste gerichts-feste Beweise haben und Auflagen erteilen. Das wird ein längerer Prozess, aber der erste Schritt ist wichtig. Allerdings habe ich den Eindruck, dass der Kommission gerade der politische Wille fehlt.

taz: Ist die Zivilgesellschaft der bessere Akteur? Sie unterstützen die Initiative Free Our Feeds.

Geese: Noch ist das ein zartes Pflänzchen, aber für mich ein großer Hoffnungsschimmer. Free Our Feeds ist ein Zusammenschluss von Menschen aus dem Bürgerrechtsbereich und der Techbranche. Ziel ist, Daten systema-

tisch zu schützen und Nutzenden die Möglichkeit zu geben, zwischen verschiedenen Algorithmen auswählen zu können. Eine solche Technik hat Bluesky. Allerdings wird das Unternehmen bisher über Wagniskapital finanziert. Deshalb läuft eine Crowdfunding-kampagne, um die Bluesky zugrunde liegende Technologie in eine Stiftung zu überführen. Dann gäbe es die Basis für den Aufbau von sozialen Netzwerken und Anwendungen, die nicht von Milliardären abhängen und auch nicht aufgekauft werden können.

taz: Warum gibt es bisher keine unabhängige Digitalstruktur in Europa, die demokratisch und menschenfreundlich ist und von der EU oder der Zivilgesellschaft aufgebaut wurde?

Geese: Man muss unterscheiden zwischen sozialen Netzwerken und anderer digitaler Infrastruktur. Start-ups von sozialen Netzwerken werden von US-Konzernen entweder hart bekämpft oder aufgekauft, das europäische Wettbewerbsrecht schützt sie nicht ausreichend. Bis zur Übernahme von Twitter durch Elon Musk fehlte hier auch

das Problembewusstsein. Das hat sich geändert. Deshalb sehe ich jetzt eine große Chance für neue soziale Medien. Der Erfolg von Bluesky ist ein Beweis dafür.

Bei anderen digitalen Produkten wie Cloud oder KI mangelt es nicht an Qualität, sie sind auch nicht zu teuer. Sie haben aber aktuell kaum Chancen, weil US-Produkte immer in Bündeln kommen. Wenn eine öffentliche Verwaltung oder ein Privatunternehmen mit Microsoft arbeitet, gibt es neue KI-Anwendungen oder Clouddienstleistungen aus einer Hand dazu. Wenn man sich für eine europäische Lösung und sichere Daten entscheiden will, dann hat man es in der Regel mit mehreren Unternehmen zu tun, das macht es komplizierter.

taz: Was könnte hierbei helfen?

Geese: Wir sollten die Richtlinie für die öffentliche Beschaffung so novellieren, dass es eine Präferenz gibt für Anbieter, die garantieren, dass die Daten nicht ins Ausland abfließen. Das können US-Unternehmen nicht, weil sie dem US-Recht unterstehen – und das erlaubt der US-Regierung den Zugriff auf die Daten, auch wenn sie in einem Rechenzentrum auf EU-Boden liegen.

taz: Kann Europa den immensen Vorsprung der US-Firmen aufholen?

Geese: Das ist wie beim Klimawandel, nur einfacher: Europa kann das. Es braucht jedoch den politischen Willen und das Bewusstsein von Bevölkerung und Wirtschaft. Es ist unklug, deutsche Industriegeheimnisse in einer US-Cloud zu parken, auf die eine unberechenbare Regierung Zugriff hat. Indien hat gezeigt, dass sich in wenigen Jahren ein eigenes Zahlungssystem aufbauen lässt und die großen Kreditkartenplayer kaum noch eine Rolle spielen. Auch Brasilien oder Taiwan sind gute Beispiele. Nötig ist, dass sich die

verschiedenen Akteure an einen Tisch setzen, gemeinsam das Ziel definieren und dafür Maßnahmen und Investitionen festlegen.

taz: Sind Sie optimistisch, dass Europa das hinkriegt?

Geese: Ja. Wir haben die Talente und gute Unternehmen. Was mich aber pessimistisch stimmt, sind die zunehmend rechtsextremen Regierungen. In Italien laufen Verhandlungen mit Starlink über die Einführung eines Kommunikationssystems für italienische Behörden und das Militär – und Starlink gehört Elon Musk. So jemandem das nationale Sicherheitsnetz zu überlassen, ist reiner Wahnsinn. Die neue Bundesregierung muss eine wichtige Rolle spielen, um echte digitale Souveränität in der EU voranzubringen.

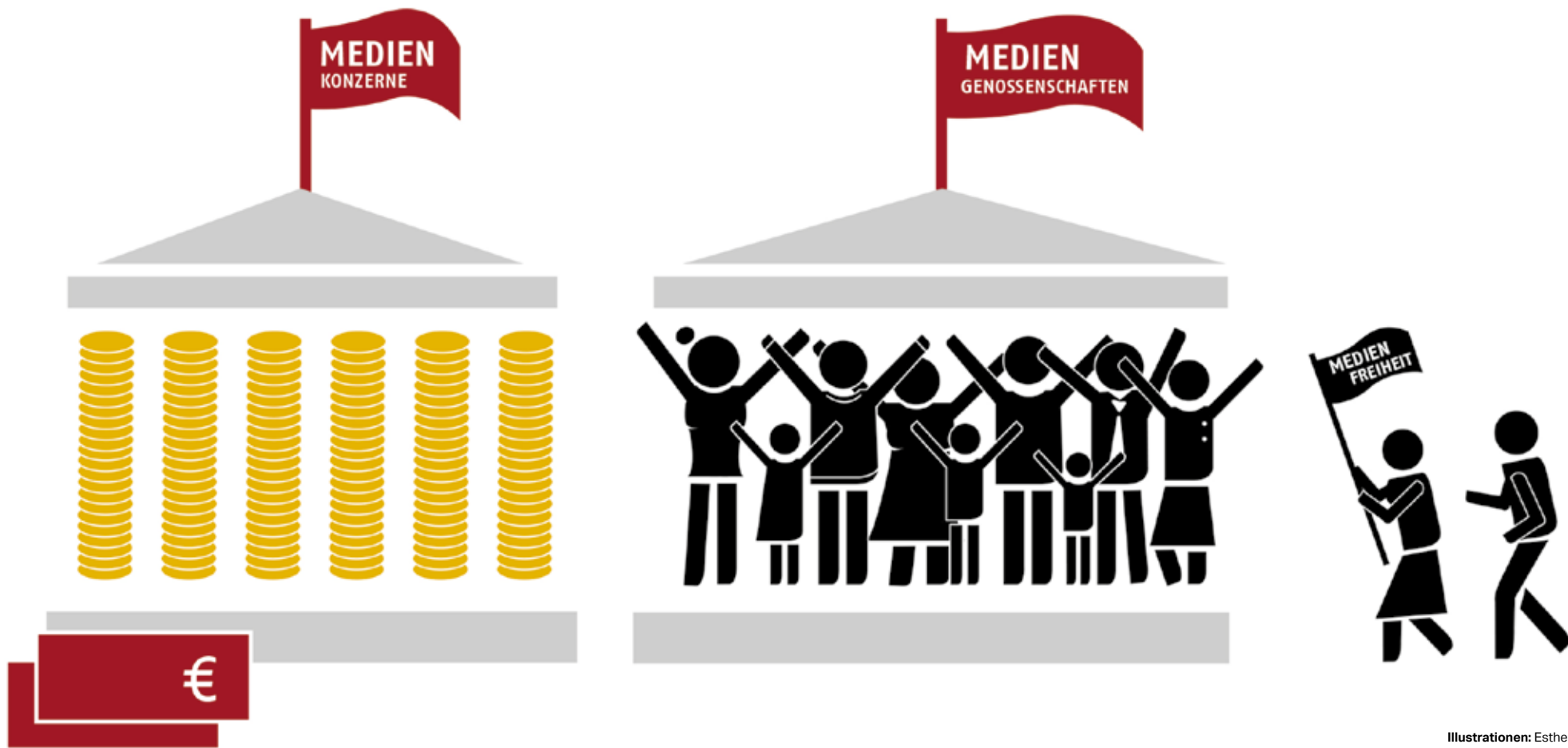
taz: Was raten Sie den Nutzenden von Facebook, Instagram und so weiter?

Geese: Als Einzelperson kann man wenig tun, außer möglichst wenig Zeit dort zu verbringen und zu besseren Netzwerken wie Mastodon oder Bluesky zu wechseln. Wichtiger ist, von allen Ebenen der Politik eine vernünftige Regulierung zu fordern. Das Gesetz haben wir – jetzt muss es mutig umgesetzt werden. Dafür muss jetzt politischer Druck entstehen.

Interview: Annette Jensen

Alexandra Geese

Die Digitalexpertin Alexandra Geese sitzt seit 2019 für Bündnis 90/Die Grünen im Europäischen Parlament. Sie hat Politik- und Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Migrationswissenschaften studiert, 22 Jahre in Italien gelebt und als Konferenzdolmetscherin gearbeitet.



Illustrationen: Esther Gonstalla

Garantierte Unabhängigkeit

Die Lösung: Profit- und konzernfreier Journalismus in Genossenschaften stärkt Medienfreiheit und Demokratie

Genossenschaften können Medien retten. Hätte sich die taz nicht in eine Kooperative umgewandelt, würde sie höchstwahrscheinlich nicht mehr existieren. 1978/79 gegründet, wurde sie im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens immer wieder von heftigen finanziellen Existenznöten durchgeschüttelt.

Ein Teil der Redaktion wollte deshalb eine GmbH gründen, die Großinvestoren anlocken sollte. Die Mehrheit der Belegschaft aber fürchtete diese Abhängigkeit vom großen Geld, das schnell wieder abgezogen werden könnte.

Ausgerechnet der spätere Bundeskanzler Olaf Scholz, seinerzeit im Genossenschaftswesen engagiert, gab dem damaligen taz-Geschäftsführer

Kalle Ruch den entscheidenden Tipp: Warum gründet ihr nicht eine Genossenschaft?

Es war unter anderem der Anwalt und spätere grüne Bundestagsabgeordnete Christian Ströbele, der dies 1991/92 juristisch wahr machte. Der Kernsatz der damals von der Belegschaftsmehrheit verabschiedeten Satzung lautete: Die Genossenschaft solle dazu dienen, „die Unabhängigkeit von großen Verlagen oder Konzernen zu garantieren“. Seitdem ist die „Geno“ immer mehr gewachsen, derzeit hat sie mehr als 24.000 Mitglieder. Diese haben mit ihren Anteilen unter anderem das neue Redaktionssystem und das neue Verlagshaus mitfinanziert sowie die Konzernfreiheit der taz garantiert. Ein

voller Erfolg also, diese Rechtsform.

Ein Riesenerfolg war auch die 2008 gegründete taz Panter Stiftung, die mit dem Geld unzähliger Spender und Stifterinnen gemeinnützige Projekte im In- und Ausland finanziert: unter anderem 4.000 Nachwuchsjournalist:innen, 48 internationale Workshops, zum Teil mit Journalist:innen aus verfeindeten Ländern wie Russland und der Ukraine, 18 Panter-Preis-Verleihungen und 17 Refugiumsprogramme für verfolgte Medienschaffende.

In Deutschland war die taz die erste Mediengenossenschaft. Sie zeigte, dass das Modell funktioniert, und regte dadurch weitere Gründungen an. Die früheren DDR-Zeitungen *Junge Welt* und *nd* verwandelten sich ebenfalls

in Kooperativen, um ihre Existenz zu sichern. Auch der nur online erscheinende *Krautreporter* ist als solche organisiert, seinen Namen verdankt er dem damit verbundenen Crowdfunding. In der Schweiz sind es die linke Wochenzeitung *WOZ* und die nur online erscheinende *Republik*, die von Genossenschaften getragen werden.

Mediengenossenschaften sind Teil des Non-Profit-Journalismus, der Meinungsfreiheit und Demokratie stärkt. Beispiele hierfür sind *Correctiv*, *FragDenStaat*, *Kontext*, *Netzpolitik* oder *Investigate Europe*. Der Bereich könnte stark ausgeweitet werden, wenn der Staat anerkennen würde, dass Qualitätsjournalismus fürs Gemeinwohl arbeitet und Spenden dafür steuerrechtlich absetzbar sind.

Der frei abonnierbare SEED-Newsletter des Netzwerks *Recherche* beschäftigt sich mit gemeinnützigen Formen der Berichterstattung und ist Teil des *Grow Greenhouse*, des Zentrums für gemeinnützigen Journalismus und Medienvielfalt, das von der Schöpflin Stiftung gefördert wird.

Es ist ja nicht einzusehen, warum Bridgeclubs und Hundesport als gemeinnützig gelten, nicht aber guter Journalismus. Die Journalistenvereinigung *Netzwerk Recherche* und andere Akteure haben hier immer wieder Änderungen gefordert. Die Ampelkoalition wollte das wohlwollend prüfen, hat das dann aber nicht mehr ausgeführt.

Ute Scheub